

Mahnruf

Organ der Kommunistischen Linksopposition

Zu beziehen durch
Josef Güttel, Wien, XXI., Stryeckgasse 4
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN — GRAZ
Nr. 17 September 1932 4. Jahrg.

Erscheint 14 tägig. — Preis bei Arbeitslosenvermittlung und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährig S — 90

Hallo, Genosse Stalin, schläfst Du? Offener Brief an den schweigsamen Führer des Weltproletariats

Genosse Stalin!

Am 16. Parteitag der WKP hast Du viele Stunden gesprochen. Als die deutsche, dekadente Literatur ihren geschwtzigsten und oberflächlichsten Vertreter, Herrn Emil Ludwig, nach Moskau entsandte, da hast Du ihm viele Stunden gewidmet.

Wir machen Dir daraus keinen Vorwurf. Auch Lenin sprach manchmal lange, und manchmal auch Stunden mit Vertretern der bürgerlichen Welt.

Wir führen diese Tatsache nur an, um der jungen Parteigeneration, die erst einige Monate in der Partei ist, zu zeigen, daß Dein Schweigen zu den Lebensfragen des Weltproletariats nicht auf angeborene Schweigsamkeit zurückzuführen ist.

Deine Anlnger nennen Dich den genialen Schüler Lenins. Du selbst nennst Dich einmal den Meister. Als Du noch nicht „Meister“ warst, als Lenin noch unter uns weilte — wir nannten ihn weder den „Meister“, noch den „Führer“, noch den genialen Schüler von Marx, sondern ganz einfach: Genosse Lenin — da trat die Exekutive der Komm. Internationale (Ekki) bei allen wichtigen Anlässen zusammen, da erhob die Kommunistische Internationale in Manifesten und Proklamationen ihre Stimme, um dem Weltproletariat zu sagen, was not tut. Heute, wo unter den Schlägen der Weltwirtschaftskrise das kapitalistische System erztrzt, wo es in einem so entscheidenden Lande, wie Deutschland, durch eine konterrevolutionäre Generalabrechnung die Arbeiterklasse für Jahre zurückwerfen will, heute schweigst das Ekki, schweigst das Polbro der WKP, schweigst Du, „genialer Schüler Lenins!“

Warum schweigst das Ekki? Warum tritt es zu keiner Sitzung zusammen, warum sagt es nicht in einem Manifest zur Lage in Deutschland, was not tut?

Es wartet auf die Beschlüsse des Polbros der WKP. Worauf aber wartet das Polbro der WKP? Es wartet auf Dich, auf seinen historischen Führer! Und worauf wartest Du? Schlfst Du? Oder fürchtest Du, die deutsche Bourgeoisie sei ungehalten, wenn Moskau Alarm rufe und seine Solidarität mit dem deutschen Proletariat erkläre? Oder fürchtest Du, daß die Wirklichkeit Deine Worte Lgen strafen würde, so wie in jenen Apriltagen 1926, wo Du das Heil der chinesischen Revolution von Tschankaischek und Borodin, Eurem Manverspezialisten, erwartest hast? Oder hltest Du es für zwecklos, Dich mit dem kapitalistischen Europa zu befassen, da zunächst die sozialistische Gesellschaft in der Sowjetunion aufgebaut werden müsse?

Ob Du weiterhin schweigen wirst oder ob Du reden wirst, weder Schweigen noch Worte können den fortgeschrittenen Teil des internationalen Proletariats darüber hinwegtäuschen, daß der Kurs, den unter Deiner Führung die Komintern eingeschlagen hat, bankrott ist. Als es galt, die kommunistischen Parteien auf die unvermeidlich heranreifende revolutionäre Krise vorzubereiten, sie politisch und organisatorisch zu festigen, in der Periode der Sammlung (1924—1929), da habst Du die Kompartei „bolschewisiert“, tausende Linke ausgeschlossen, um schließlich 1928 zur Strategie und Taktik des unmittelbaren Machtkampfes überzugehen („3. Periode“).

Und als die Krise kam, als der Faschismus in Deutschland sein Haupt erhob, da seid Ihr dagestanden, schweigend und verwirrt, isoliert und aktionsunfhig, und seid es geblieben — trotz aller gefühlsmäßigen Sympathie der Arbeitermassen für den Kommunismus — bis zum heutigen Tage.

Ihr seht den Bankrott; Genosse Platnitzki, der Leiter der Organabteilung der Komintern, weiß so gut wie wir, wie es innerlich in den „bolschewistischen“ Parteien, vor allem in der KPD, aussieht. Ihr wißt, wohin die von euch begünstigte Gewerkschaftspolitik Losowskys in Deutschland geführt hat. Das Leben selbst hat Dir, Genosse Stalin, am 20. Juli beim Staatsstreich in Preußen gezeigt, daß Sozialdemokratie und Faschismus nicht „Zwillinge“ sind.

Die Wirklichkeit ist gegen Dich? Um so schlimmer für die Wirklichkeit, sagst Du und hllst Dich in

Schweigen. Wir Bolschewiki-Leninisten, die aus der Schule Marxens und Lenins hervorgingen, sind über Dein Schweigen nicht erstaunt. Wir wissen: es war der reaktionäre Unglauben an die revolutionären Kräfte des Weltproletariats, der Dich und die Deinen in das Reich der Utopie flüchten ließ, zu der kleinbürgerlichen Theorie des Sozialismus in einem Lande.

Wir aber haben nie und niemals aufgehört, alle unsere Kraft einzusetzen für die internationale Revolution, die die Geschichte auf die Tagesordnung der Gegenwart gesetzt hat.

Machtkampf zwischen Militrdictatur und Faschismus

Am 13. August ist es der Militrdictatur nicht geglückt, sich den Faschismus unterzuordnen. Hitler hat die Machtteilung abgelehnt. Sofort nach dem 13. August nahm er dagegen Verhandlungen mit dem Zentrum auf, um mit diesem — auf dem Boden einer Parlamentsmehrheit — zu einer Koalition zu gelangen. Die Taktik des Faschismus ist eindeutig: er erblickt im Zentrum einen schwächeren Gegner als in der bonapartistischen Reichswehrbrokratie. Eine „verfassungsmäßige“ Nazi-Zentrum-Regierung soll sich die Reichswehr unterordnen, die bonapartistischen Machtfhrer der Generale zerstören und dadurch die faschistische Bewegung im jüngeren Offizierkorps stärken. Eine solche Entwicklung würde die Position der Nazis beim Staatsstreich weitgehend verstärken — denn beim Schlag gegen das Zentrum steht dann die Reichswehr hinter Hitler.

Gleichzeitig würde durch eine solche Koalition das Zentrum seine Positionen, insbesondere im Proletariat, schwächen, während es in der Opposition gegen eine Koalition Schleicher-Hitler, die sich nur gegen das Parlament behaupten kann, nicht geschwächt würde.

Das ist der strategische Grundgedanke des faschistischen Manövers. Ermöglicht wird es durch die Politik des Zentrums, wenn auch das Zentrum, aus Furcht vor seinen Arbeiterwhlern noch schwankt. Die reaktionären, konservativen „Verfassungskmpfer“ um Bräuning, Kaas, Stegerwald und die mit ihnen verbündete bayrische Volkspartei sehen mit Sorge, wie die Militrdictatur sich immer weiter von der Verfassung entfernt. Sie sehen, wie damit das ganze feinmaschige Netzwerk von Weimar zerrissen wird, in dem der gewaltige Körper des Proletariats eingefangen, in seinen Bewegungen unterbunden wurde. Besteht denn nicht die Gefahr, daß die Achtung der proletarischen Staatsbürger vor den Gesetzen völlig verschwindet, wenn die Regierung den Boden der Verfassung verläßt, fragen sich die Zentrumspolitiker. Erzielt nicht die „Gewalt von oben“ zur Gewaltanwendung von unten, wird nicht der Staatsstreich der Auftakt zur neuen Arbeiterrevolution werden?

Die Zentrumsführer sind die letzten Bourgeois-Politiker in Deutschland, die in der Arbeiterklasse noch einen Einfluß besitzen; sie wissen, der große soziale Vulkan, dessen glühende Lavamassen 1918/19 ganz Deutschland überfluteten, ist nicht ausgebrannt. Niemand weiß, wann der zweite Ausbruch erfolgt.

Die Dmme des „Rechtsstaates“, der Verfassung haben sich mehr als einmal seit 1919 als vortreffliche Barrieren erwiesen, um den drohenden Zusammenschu aller Teile des Proletariats zu revolutionären Massenaktionen aufzuhalten, vor allem 1920 beim Kapp-Putsch. In der Hoffnung auf Weimar sind Millionen reformistische und christliche Arbeiter nicht nach Moskau gegangen. Das wissen sowohl die Führer der SPD wie des Zentrums!

Was aber, wenn diese Hoffnung ausgelöscht, wenn die Verfassung angesichts jedes Arbeiters nur mehr ein Stück Papier ist, aufreizend durch den Widerspruch des geschriebenen Wortes mit den Geschehnissen der Wirklichkeit, wenn die Generale die feierlichen Verfassungs-Paragrafen über die Klänge springen lassen? Wenn der trigerische Verfassungsschein verblt und die Klassen einander offen im Machtkampf gegenüberstehen?

Es ist die Furcht vor dem Erwachen der christlichen Arbeiter zum Klassenbewußtsein, die das Zentrum zur Verfassung treibt — die Bräuning planmäßig ausgeblbt hat.

Aber die tiefen politischen Widersprüche in der Lage der deutschen Bourgeoisie haben bereits die Verfassung längst außer Kraft gesetzt. Parlamentsregierungen sind nur mehr mit dem Faschismus möglich. Wer den Bonapartismus

Du, Führer des Weltproletariats, magst schweigen und Dich schlafend stellen. Die Klassenkämpfe gehen weiter und sie finden ihren Ausdruck in der Plattform der Bolschewiki-Leninisten, der Linken in der Komintern. Unsere Feinde mögen Trohlocken, weil die Linken in der Komintern noch getrennt marschieren, dort die Gruppe des Genossen Trotzki, hier wir Linken in Deutschland, Frankreich, Griechenland, Osterreich, Ungarn usw.

In der aufsteigenden Welle der Revolution werden sich die gleichgerichteten, revolutionären Kräfte über alle Reminiszenzen der Vergangenheit hinweg zusammenfinden, werden sie sich verbinden mit dem proletarischen Kern der Komintern, der heute durch die Gruppe Stalin verwirrt und niedergehalten wird, gegen Deine Politik, Genosse Stalin, gegen Dein Regime, gegen Dich.

vom Standpunkt des Parlamentarismus, der „Spielregeln der Demokratie“ bekämpft, kann ihm nur ein Block mit den Faschisten entgegenstellen. Die Dialektik der Entwicklung hat dazu geführt, daß die faschistische Konterrevolution sich zur Hüterin der Verfassung aufwirft, und parlamentarische Koalitionen sucht — um so den Parlamentarismus am leichtesten durch einen Staatsstreich zu vernichten —, während die Militrdictatur, den parlamentarischen Kretinismus der Nazis verspottend, sich als die wahre Vollstreckerin der faschistischen Staatsziele proklamiert. Die Bourgeoisie selbst hat nur mehr die Wahl, ob sie sich lieber an den Stahlhelm des Bonapartismus oder an das Hakenkreuz des Faschismus klammern will, um ihre gesellschaftliche Macht aufrechtzuerhalten. Zur politischen Selbstregierung ist sie bereits zu schwach; der Untergang ihrer klassischen Parteien und des demokratisch-parlamentarischen Systems ist nur ein Ausdruck dieser Entwicklung.

Eine Rückkehr zur bürgerlichen Demokratie, zur Verfassung von Weimar, ist unmöglich geworden. Indem der Reichstag am 30. August nahezu einmütig gegen die Militrdictatur auftrat, deckte er wohl ihre Schwäche, nicht aber seine Lebensfähigkeit auf.

Der Faschismus versucht, den Gegensatz zwischen Bonapartismus und Verfassung, zwischen der Regierung und dem Reichstag, zwischen der Politik der Papen-Schleicher-Gayl und der tiefen, gärenden Unzufriedenheit der arbeitenden Massen in sein Bett zu legen. Er kämpft darum, zur entscheidenden, richtungweisenden Kraft in dem Massenkampf gegen die Militrdictatur zu werden. Nach einer kurzen Phase der Tolerierung, die ihm gewaltige Vorteile im Ausbau seiner Machtorganisation, Verstärkung seines Einflusses im Staatsapparat gebracht hat, streift er jetzt die Fesseln der stillen Koalition mit Papen ab, um sich die Hände für den Machtkampf freizumachen.

Das Proletariat steht dieser Entwicklung bisher verwirrt und passiv gegenüber. Noch hat es sich von den Schlägen des 29. Mai und 20. Juli nicht erholt. Die Sabotage der Einheitsfronttaktik durch die Bürokratie der SPD und KPD hat zahlreiche, hoffnungsvolle Ansätze der außerparlamentarischen Massensammlung vernichtet. Die furchtbaren Schreckensurteile der Sondergerichte sollen es einschüchtern, sollen seinen Kampfwillen brechen und es zum kampflosen Rückzug veranlassen. Unsere Partei schwankt, wartet ab und gibt sich keine Rechenschaft darüber, warum es ihr nicht gelingt, die allgemeine Unzufriedenheit der Arbeitermassen in revolutionäre Massenkmpfe umzumünzen. Sie meint, der Faschismus sei bereits an der Macht, für sie ist die herrschende Regierung bereits faschistisch. Sie nimmt sich damit die Möglichkeit, die Gegensätze im Lager der herrschenden Klasse, durch die die noch nicht revolutionären Massen aufgeschreckt werden, auszuwerten. Sie verzichtet auf die Möglichkeit, durch die Einheitsfronttaktik die reformistischen Arbeiter, deren Verfassungsbildungen verfliegen, in Bewegung zu bringen. Unsere Partei geht nicht den Weg vom Februar zum Oktober 1917, sondern vom Januar zum Oktober 1923, den Weg der Lähmung der revolutionären Energien. Wird sie ihn bis zum htersten Ende gehen? Sind die Kräfte zu schwach, die die Umkehr erzwingen wollen? Im Kampf um die Partei wird die Entscheidung fallen.

An unsere Leser!

In der nächsten Nummer des „Mahnruf“ werden wir ausführlich zur 28. Novelle zum Arbeitslosenversicherungsgesetz und den Ursachen der Teuerung Stellung nehmen.

Das Wirtschaftsprogramm Papens und die Gewerkschaften

Wir nennen es nicht das Wirtschaftsprogramm der Militärdiktatur, obgleich Herr Papen in Münster nicht ein persönliches Programm, sondern das den Regierung entwickelte. Aber es ist unverkennbar, daß das Programm von Münster nicht eine gemeinsame Idee der gesamten bonapartistischen Konterrevolution darstellt, die Deutschland gegenwärtig vergewaltigt, sondern nur einen ersten tastenden Versuch. Es ist bekannt, daß am Vorabend der Rede in Münster eine Reihe Pläne genannt wurden, die in der Regierung beraten wurden, und von denen im Wirtschaftsprogramm Papens keine Rede ist; wir werden uns weiter unter mit diesen Plänen befassen, denn sie werden Bedeutung erlangen und in den Vordergrund treten, sobald das Papen-Programm den unvermeidlichen Bankrott gemacht hat.

Das Wirtschaftsprogramm von Münster.

Das Programm von Münster stellt den Versuch der Militärdiktatur dar, die weitgehendsten Wünsche der Industriearbeiter zu erfüllen, und damit jene industriellen Kreise, die heute glauben, daß nur Hitler ihre Interessen zum Siege führen wird, an sich zu ketten. Aufgebaut ist dieses Wirtschaftsprogramm auf 3 Teile: Erstens die Vernichtung der Tarifverträge. Notleidende Industrien sollen an die Tarife nicht gebunden sein. Ferner sollen die Löhne in dem Maße gesenkt werden, wie sich die Belegschaft durch Neueinstellungen vergrößert, d. h. die Arbeiter in den Betrieben sollen zu Gegnern der Erwerbslosen — und umgekehrt — gemacht werden. Zweitens sollen 1500 Millionen Mark a conto der Steuereinzugänge der Jahre 1934—38 als Staatsschatzanweisungen herausgegeben werden, d. h. es wird eine Vermehrung des Notenumlaufes vorgenommen, denn diese „Steuer-Verrechnungsscheine“, die wie Wechsel von der Reichsbank behandelt werden sollen, stellen keine effektiven Wechsel dar, sondern nur eine formale Unterlage für eine Ausweitung des Notenumlaufes. Verwendet wird diese ungeheure Summe zugunsten der Subventionierung der Industrie. Drittens werden 700 Millionen Mark als Prämienfond geschaffen, aus dem jeder Unternehmer für jeden neu eingestellten Arbeiter 400 Mark im Jahre erhält. Es ist in der Tagespresse bereits darauf hingewiesen, daß dasjenige Konzern ermöglicht, Arbeiter von einem Konzernbetrieb in einen anderen zu verschieben und sich dafür 400 Mark pro Arbeiter zahlen zu lassen.

Um den Widerstand der Arbeiterklasse gegen dieses Attentat zu verringern, erklärt Herr Papen, daß sein Programm den entscheidenden Anstoß zum Wiederaufstieg der Wirtschaft bilden wird, die den Tiefpunkt der Krise bereits überschritten hat. Die der Regierung nahestehende Presse, vor allem die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (30. August 1932), verweist dabei auf 3 internationale Tatsachen, die auf der Linie des „Wiederaufstieges“ liegen sollen: Lausanne, Ottawa, die neue amerikanische Börsenhäuser.

Ist der Tiefpunkt der Weltwirtschaftskrise erreicht?

Ist die Weltwirtschaftskrise wirklich bereits im Abflauen? Sind die „3 Tatsachen“ wirklich Zeichen eines neuen, friedlichen Aufschwunges des internationalen Kapitalismus? Lausanne hat die Reparationsfrage nicht liquidiert; zwei Milliarden Reparationen bleiben im günstigsten Fall — wenn nämlich der Pakt ratifiziert wird. Das aber hängt von der Bereinigung der Kriegsschulden mit den USA ab. Bis jetzt ist das einzig reale Ergebnis die neue Entente zwischen England und Frankreich — die Achse für die imperialistische Umgruppierung in Europa. Ottawa hat — wie wir an anderer Stelle zeigen — die Absperrung des britischen Empire gegen die Einfuhr aus anderen Ländern verstärkt. Die amerikanische Börsenhäuser aber, angekurbelt mit künstlichen Mitteln, steht im Gegensatz zu der fast unverändert kritischen Wirtschaftslage der USA. Der amerikanische Korrespondent des „Berliner Tageblattes“ schreibt:

„Es besteht in ernsten Kreisen nicht der geringste Zweifel darüber, daß weder in der Lage der Wirtschaft insgesamt noch in der technischen Position an der Börse, soweit das Baisseelement in Frage kam, eine über hundertprozentige Kursbesserung ihre Rechtfertigung finden konnte.“ („B. T.“ vom 25. August 1932.)

Und er weist an anderer Stelle auf den „inflationistischen Charakter der zur Finanzierung der Börsenhäuser... dienenden Mittel“ hin. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß dieser künstlichen Häuser — zu einem Teil angekurbelt, um die Chancen Hoovers bei der Präsidentschaftswahl zu erhöhen — ein neuer Rückschlag folgt, und zwar sehr bald, ja, daß sie vielleicht sogar den „unangreifbaren Dollar“ etwas erschüttern wird.

Damit fallen die internationalen Voraussetzungen des Papenschen Wirtschaftsprogramms ins Wasser. Und von inländischen kann gar nicht gesprochen werden. Die Kaufkraft der Massen ist ungeheuer tief, und sie soll durch die neuen Pläne noch tiefer gesenkt werden. Die Leipziger Messe zeigt klar die ganze Trostlosigkeit, in der sich die deutsche Exportindustrie befindet. Die „Einfuhr-Kontingente“ zugunsten der Junker, von denen Herr Papen sprach, werden die Exportmöglichkeiten noch weiter einengen. Die Vermehrung des Notenumlaufes wird inflationistische

Folgen — Steigerung der Warenpreise — haben, mit einem Wort: das Wirtschaftsprogramm Papens wird wohl zur weiteren Bereicherung der Industriearbeiter und Junker, zur weiteren Verelendung der arbeitenden Massen führen — die Wirtschaftskrise überwinden, zwei Millionen Arbeiter in den Produktionsprozeß zurückzuführen wird es nicht. Der Bankrott dieses Wirtschaftsprogramms ist unvermeidlich. Was aber dann?

Der „Staatskapitalismus“ der Generale.

Im Hintergrund erhebt sich die Gestalt des Herrn von Schleicher. Ihn umgeben seine Paladine: Generale, Deutschnationale, und damit der Geist etwas zu zehren hat, die nationale Journalle des „Tat-Kreises“, die Ideologen des deutschen Bonapartismus, und gleichzeitig seine Wirtschaftstheoretiker. Sie verlangen den Eingriff des Staates in die Wirtschaft — sie propagieren die „nationale Gewerkschaftskonzentration“ von Strasser bis Leipart. Es laufen heute bereits Fäden, das ist unverkennbar; zu Furtwängler vom ADGB, zu Stegerwald, zu Strasser. Wird die Militärdiktatur als zweiten Versuch zu diesem Wirtschaftsprogramm greifen, das Autarkie und Inflation einschließt? Was bedeuten denn die reaktionären, staatskapitalistischen Ideen, mit denen Schleicher sympathisiert?

Lausanne, Genf und Ottawa, sie waren nicht Etappen zur neuen Prosperität, sondern Etappen des neuen imperialistischen Aufmarsches. Die deutsche Bourgeoisie weiß dies sehr genau: sie hat nicht Streichung der Reparationen, sondern Aufrüstung verlangt. Herr Schleicher tritt nicht kraft seiner „Persönlichkeit“ in den Vordergrund, sondern weil der deutsche Imperialismus sich darauf vorbereitet, den Generalen sein Schicksal in die Hände zu legen. Der Aufstieg der Generale — vom Aufstand gegen Gröner bis zur bonapartistischen Militärdiktatur — erfolgt zu einem bedeutenden Teil im Zeichen des neuen Weltkrieges, dessen Konturen immer sichtbarer werden.

Der Krieg ist das letzte Mittel der Politik; er erfordert die Unterordnung aller kapitalistischen Teilinteressen unter das Gesamtinteresse des Kapitalismus, das der Krieg verkörpert. Bereits 1914 mußte die deutsche Bourgeoisie, im Interesse des Sieges, sich in ein System der Zwangs- und Planwirtschaft fügen, das von verbrecherischen Idioten bereits damals als „Beginn des Sozialismus“ gepriesen wurde.

Nichts anderes ist der sogenannte „Staatskapitalismus“ des Bonapartismus und sein Kurs auf die „nationale Gewerkschaftskonzentration“. Die Leiparts sollen neben den Generalen als Garanten dafür sitzen, daß die Arbeiterklasse in militaristischen Betrieben schuftet. Das ist die letzte Karte der bonapartistischen Militärdiktatur für den Fall, daß sich die internationale Lage rasch zuspitzen sollte. Reformismus und Faschismus sollen in dieses System harmonisch ein-

gegliedert werden — so wenigstens spiegelt sich die Zukunft im Kopf der Generale wider.

Die Gewerkschaften am Scheideweg.

Wir wollen hier gar nicht die Frage berühren, daß die bonapartistische Militärdiktatur eine Regierung der starken Worte, aber der schwachen Kräfte ist, daß die Rolle, die sie sich zuschreibt, Angesichts der politischen Kräfteverhältnisse nur vom Faschismus übernommen werden kann, der die einzige reale Kraft im Lager der Konterrevolution ist, die sie dem kämpfenden Proletariat gegenüberstellen kann, und der sich seiner überragenden Machtstellung auch durchaus bewußt ist, und eine dienende Rolle unter den Fittichen der Generale ablehnt.

Wir begnügen uns damit, kurz die Frage aufzuwerfen, vor welche Aufgaben das Wirtschaftsprogramm Papens die freien Gewerkschaften stellt. Die Leitung des ADGB hat nach Bekanntgabe der Rede Papens in Münster bei — Hindenburg protestiert! Von allen Arbeitergelehrten, die die Bürokraten nutzlos vergeuden, war das Geld für diesen Zweck wohl am vergeudetsten. Die Zeiten der papierernen Proteste sind längst vorbei. Die Gewerkschaften müssen wissen, daß es jetzt um ihre Existenz geht. Mit dem System der Tarifverträge stehen und fallen die Gewerkschaften. Werden die Gewerkschaften sich — protestierend mit dem Maul, aber kampflös — dem Attentat, das in Münster proklamiert wurde, fügen, dann wird nichts sie vor dem inneren Zusammenbruch aufhalten. In ihrem Rücken steht sprunghaft die faschistische Bestie. Sie weiß: solange die Arbeiter noch Klassenorganisationen haben, solange sie noch nicht geschlagen oder durch kampflöse Rückzüge völlig demoralisiert sind — solange ist der „Marsch auf Berlin“ eine sehr gefährliche Angelegenheit. Darum gilt ihr Kampf jetzt mit besonderer Schärfe der Zermürbung der Gewerkschaften, der Gewinnung von Betriebsarbeitern.

Rings um Deutschland branden die Massenstreiks. Belgien gibt ein heroisches Beispiel mit seinem Massenstreik in Borinage, die englische Arbeiterschaft liefert in Lancashire ihren Unternehmern eine erbitterte Schlacht — wenn unter diesen Bedingungen die deutschen Gewerkschaften in den Kampf treten, dann wird sich die Lage in Deutschland sehr rasch zu ändern beginnen, dann wird die gärende Unzufriedenheit, in die die Militärdiktatur die breiten Massen getrieben hat, eine klare, eindeutige und revolutionäre Richtung einschlagen.

Wir appellieren nicht an die Einsicht der Gewerkschaftsbürokratie, wir wenden uns an die revolutionären Arbeiter in den Gewerkschaften, wir zeigen ihnen, was auf dem Spiele steht, und wo der rettende Ausweg liegt. Das Schwanken der Bourgeoisie zwischen Bonapartismus und Faschismus, zwischen Schleicher und Papen — die Frage der Demokratie ist nur bei Historikern aktuell — gibt der Arbeiterklasse noch eine kurze Atempause. Nützen wir sie, ehe es zu spät ist.

Lausanne und die deutsche Wirtschaftskrise

H. W. Je hoffnungsloser die wirtschaftliche Situation für das Proletariat aussieht, je mehr Arbeiter die Gewißheit vor sich sehen, niemals wieder in den Produktionsprozeß eingereicht zu werden, desto größere Bedeutung gewinnt der Vorschlag der Linken Opposition: wirtschaftliches Bündnis Deutschlands mit der Sowjetunion. Der Kampf um die Verwirklichung dieses Wirtschaftsbündnisses gibt den Jugendlichen, die heute eine Beute der Idee der freiwilligen Arbeitsdienstpflicht werden, gibt den Millionen Erwerbslosen ein neues Ziel, für dessen Verwirklichung es sich lohnt, alle Kräfte einzusetzen. Der Kampf um dieses Wirtschaftsbündnis würde Millionen Arbeiter, die durch lange Erwerbslosigkeit zermürbt, ein Opfer der nationalsozialistischen Suche zu werden drohen, dem revolutionären Klassenkampf zuführen.

Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt der deutsche Außenhandel mit der Sowjetunion für das deutsche Proletariat eine wachsende Bedeutung.

Während der Außenhandel der kapitalistischen Länder untereinander bekanntlich seit dem Jahre 1929 außerordentlich stark gesunken ist, ist dagegen der Außenhandel mit der Sowjetunion in größerem Umfang gewachsen.

Die Sowjetunion importierte Waren im Werte von Millionen Reichsmark

1903	im Jahre 1929
2284	im Jahre 1930
2393	im Jahre 1931

Diese Zahlen geben jedoch für die Länder, die industrielle Waren nach der Sowjetunion exportieren, ein falsches Bild, da in den letzten Jahren landwirtschaftliche Artikel, wie Wolle und Baumwolle, immer schwächer von Rußland importiert wurden; so daß für die eben genannten Länder eine viel größere Steigerung der Ausfuhr eingetreten ist, als in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt. Allein Maschinen führte Rußland im letzten Jahr zweieinhalbmal soviel wie 1929 ein. Die Einfuhr von Eisen und Stahl ist in diesem Zeitraum fast um das Vierfache gestiegen.

Die hier genannten Zahlen beweisen, abgesehen von der steigenden Bedeutung, welche die russische Einfuhr für die kapitalistischen Länder hat, daß die Eisen- und Stahlproduktion Rußlands mit dem Tempo der übrigen Aufbautätigkeit der Industrie nicht Schritt gehalten hat, und deshalb diese Produkte in immer größeren Mengen aus dem Auslande importiert werden müssen. Gleichzeitig zeigt die notwendige steigende Eindeckung des russischen Bedarfs an Maschinen, Metallwaren usw. zum Aufbau der Industrie, daß die Behauptung der Linken Opposition der isolierte Aufbau des Sozialismus in einem Lande ist eine Unmöglichkeit, durch die Tatsachen immer von neuem bewiesen wird. Je größer die industriellen Fortschritte sind, um so größer werden auch in der isolierten Sowjetunion die Widersprüche wachsen.

Einer dieser Widersprüche ist, daß, trotzdem das rasche Tempo der Industrialisierung erfordert, in der nächsten Zeit eine außerordentliche Steigerung der Einfuhr an Produktionsgütern vorzunehmen, dies aus folgenden Gründen außerordentlich erschwert wird:

1. Wird die Abhängigkeit Rußlands vom Weltmarkt immer fühlbarer. Vor allem drückt sie sich in den sinkenden Ausfuhrerlösen, trotz jährlich wachsender exportierter Warenmengen, aus. Die Ausfuhrerlöse gingen wegen Rückgang der Weltmarktpreise von 2235 Millionen im Jahre 1930 auf rund 1756 Millionen Reichsmark im Jahre 1931 zurück. Bei der Abhängigkeit des russischen Importes vom Export mußte demzufolge die notwendige Einfuhr beschränkt werden. Die russische Handelsbilanz war im Jahre 1930 nur mit rund 49 Millionen Reichsmark passiv, dagegen im Jahre 1931 mit 636 Millionen Reichsmark. Dabei muß noch berücksichtigt werden, daß im laufenden Jahre nicht einmal der gesunkene russische Exportbetrag für den Import zur Verfügung steht, sondern davon 700—800 Millionen Reichsmark, von dem der Sowjetunion eingeräumten 2,5-Milliarden-Kredit zurückgezahlt werden müssen.

2. Die bisher nach Rußland exportierenden Länder sind zum Teil nicht in der Lage oder nicht gewillt, weitere langfristige Kredite einzuräumen. Der Einfluß der Weltkrise macht sich so durch das Tor des Weltmarktes auch auf Rußland gefährlich bemerkbar. Es türmen sich die Widersprüche bei dem geplanten weiteren Aufbau der russischen Industrie und Wirtschaft und machen die Illusion der Theorie des Aufbaus des Sozialismus in einem Land zunichte. Nicht nur für das deutsche Proletariat ist die Frage der Gewährung von Krediten an Rußland, sowie das Wirtschaftsbündnis Deutschland-Sowjetrußland für seine Lebensinteressen von größter Bedeutung, sondern auch für die Sowjetunion selbst nimmt sie täglich ernsthafteren Charakter an.

Welche Bedeutung schon heute der deutsche Export nach Rußland für die Beschäftigung der Industrie und damit für die Arbeiterschaft hat, wird aus folgenden Darlegungen hervorgehen. In einem viel größeren Ausmaße jedoch als heute würde das Wirtschaftsbündnis Deutschland-Rußland, in der Form eines Fünfjahresplans für beide Länder, einen kaum geahnten Aufschwung für die Wirtschafts- und Lebenslage bringen.

Deutschland führte nach der UdSSR aus:
Im Jahre 1929 für zirka 354 Millionen Rm.
Im Jahre 1930 für zirka 430 Millionen Rm.
Im Jahre 1931 für zirka 762 Millionen Rm.
Diese steigende Ausfuhr setzte sich auch nach 1931 fort. Während im ersten Vierteljahr 1931 für 129,3 Millionen Reichsmark nach Rußland ausgeführt

Nach der Reichskonferenz von Ottawa

Nachdem England in Lausanne die Entente mit Frankreich erneuert hatte, ging es auf die Konferenz von Ottawa, um dort zu versuchen, durch ein Abkommen mit den Dominionen, Kanada, Australien, Südafrika, Indien und Neuseeland, die politische Aktionsfähigkeit des britischen Empire zu stärken. Die Konferenz tagte nicht zufällig gerade in Kanada, wie es auch kein Zufall war, daß Kanada bei den Auseinandersetzungen der Dominionen mit dem Mutterland im Vordergrund stand. In Amerika spürt England den Druck des überlegenen amerikanischen Imperialismus am stärksten; immer stärker zieht der mächtige USA-Imperialismus den aufstrebenden kanadischen Imperialismus an sich. In der Krise hat sich die Abhängigkeit Kanadas von den USA noch bedeutend verstärkt. War noch 1925 die kanadische Ausfuhr nach England und den USA annähernd gleich, so betrug sie 1931 nach den USA (1100 Millionen Mark) bereits um 400 Millionen Mark mehr, als nach England (700 Millionen Mark). Das erklärt, warum England sich in Ottawa zu größeren Konzessionen, insbesondere an Kanada, entschloß; diese Konzessionen in der Frage des Getreide- und Holzexports liegen auf der Linie des Boykotts des Handels mit der Sowjetunion, den Kanada offen forderte.

Trotz dieser Konzessionen, die vorübergehend Kanada wieder etwas fester an England binden, haben sich die Widersprüche im britischen Empire durch die Konferenz von Ottawa nicht gemildert, eher verschärft. Fleischkonzessionen an Australien gefährden den englischen Einfluß in Argentinien; neue Konzessionen werden dadurch notwendig. Sehr richtig bemerkt dazu Paul Scheffer im „Berliner Tageblatt“ (27. August 1932):

„Die Kosten des wirtschaftlichen Zusammenschlusses des Empires trägt in England vor allem der gemeine Mann.“

Die englische Arbeiterklasse, die eben jetzt in Lancashire in einem schweren Kampf gegen den brutalen Lohnabbau der Unternehmer steht, wird durch Brot- und Getreidezölle bedroht. Schneller als die konservative Reaktion von Macdonald bis Baldwin gedacht hat, trägt diese Entwicklung zu einer neuen Linksentwicklung in England bei. Aber es besteht die Gefahr, daß die Radikalisierung der englischen Arbeiterklasse angesichts der politischen Verknüpfung der Komm. Partei zu einem neuen reformistisch-liberalen Aufschwung führt.

Der englische Imperialismus ist in keiner Beziehung gestärkt aus der Konferenz von Ottawa hervorgegangen. Auf die Dauer kann er das Auseinanderfallen des Weltreiches nicht verhindern und jeden Versuch, diesen unvermeidlichen Prozeß zu verzögern, bezahlt er mit der Verschärfung der Klassenkämpfe im Mutterlande.

Spectator.

Die französische Hegemonie und ihre Grenzen

Am 27. August ging die Konferenz von Warschau zu Ende, auf der Polen, Rumänien, Jugoslawien, Ungarn, die Tschechoslowakei, Estland und Lettland zusammenkamen, um über ihr gemeinsames wirtschaftliches Vorgehen zu beraten. Es sind vor allem Vasallstaaten Frankreichs, die in Warschau miteinander berieten. Dennoch wird der französische Imperialismus von dieser Konferenz nicht sonderlich entzückt sein. Fast alle diese Länder stehen nicht nur unter französischer Militärkontrolle, sondern sie sind auch der Pariser Börse unterworfen. In Zeiten fallender Agrarpreise lasten Zinsendienste für erhaltene Anleihen doppelt schwer auf diesen Agrarländern. Frankreich kann ihnen keinen Absatzmarkt für ihre Agrarprodukte geben und lebt daher in der ständigen Furcht, daß sich diese Länder ihre

wurde, steigerte sich der Export im ersten Vierteljahr 1932 auf 181,4 Millionen Reichsmark. Betrug der Export nach der Sowjetunion im ersten Vierteljahr 1931 von der gesamten deutschen Ausfuhr 5,3 Prozent, so steigerte er sich im ersten Vierteljahr 1932 auf 10,5 Prozent. Die Maschinenausfuhr betrug im Jahre 1931 51 Prozent, dagegen im ersten Vierteljahr 1932 76 Prozent der gesamten deutschen Ausfuhr.

In der deutschen eisenverarbeitenden Industrie sind allein durch die Erteilung russischer Aufträge die Fabriken gezwungen gewesen, wieder mit voller Schichtzahl zu arbeiten. Gleichzeitig haben diese Aufträge zur Belebung des Inlandgeschäftes der eisenverarbeitenden Industrie beigetragen. Der Inlandsabsatz von Walzeisen z. B. stieg von März bis Mai 1932 um mehr als 26 Prozent. In der Maschinenindustrie haben von Februar bis März 1932 die russischen Bestellungen eine vorübergehende Zunahme des Auftrageinganges um fast 80 Prozent bewirkt.

Wie jedoch bereits oben ausgeführt, ist die günstige Weiterentwicklung des russischen Importes abhängig von den beiden Faktoren des Exportes und der langfristigen Kreditgewährungen. Die deutsche Arbeiterschaft kann hier helfen. Sie muß den Kampf aufnehmen für größtmögliche Kredite für die UdSSR. Wobei wir uns darüber klar sein müssen, daß das verwirklichte Bündnis Deutschland-Sowjetrußland erst das Endergebnis des Machtkampfes des Proletariats sein kann. Der Kampf jedoch für die Kredite kann auch erfolgreich schon heute geführt werden und der Kampf für das Wirtschaftsbündnis muß schon heute begonnen werden.

Markte suchen und Anlehnung an andere imperialistische Staaten finden, vor allem Deutschland. Die politische Vormachtstellung Frankreichs steht — und das zeigt die Warschauer Konferenz deutlich — im schreiendem Widerspruch zu der ökonomischen Basis des französischen Imperialismus, der seinen Vasallen Kanonen, aber keine Absatzmärkte schaffen kann. Dieser Widerspruch bildet eine der Hauptwurzeln der wachsenden imperialistischen Konflikte in Europa.

Proletarische Rundschau

Gnade den Putschisten — Tod den Arbeitern

Der monarchistische Putsch des Generals Sanjurjo am 10. August wurde nicht zuletzt von der spanischen Arbeiterschaft niedergeschlagen. Mit posenhaftem Pathos verkündete die spanische Regierung, in der die SP ausschlaggebenden Einfluß hat, mit der ganzen Schärfe des Gesetzes vorzugehen. Das Gericht verurteilte den Führer des Putsches, Sanjurjo, zum Tode, die Regierung gab „dem Druck der Straße“ (der Arbeiter, Ann. d. Red.) nicht nach und begnadigte. Mit dem Stolz einer komisch-heuchlerischen Operettenfigur brüstet sich die SP-Pressen mit der gnadengewährenden spanischen Demokratie, die ohne Todesstrafe gegen Monarchisten auskomme... Aber man täusche sich nicht über das „stark genug“ der spanischen Regierung gegen die Monarchisten und den Klerus, die immer frecher ihr Haupt erheben. Auch die deutsche Demokratie dünkte sich einmal stark. In den Straßen der spanischen Industriezentren kartätschen die Gendarmen die republikanischen Arbeiter nieder. Es vergeht kein Monat, in dem nicht die spanische Arbeiterklasse ihre Toten begräbt, die unter den Kugeln der gnadenspendenden „sozialistischen“ Koalitionsregierung gefallen sind. Im Namen der Demokratie werden Monarchisten begnadigt und Arbeiter erschossen. Und die SP-Pressen, voran die „Arbeiter-Zeitung“, rühmt das eine und verdeckt das andere. Die „spanische Republik kann sich's leisten“, dank der Hilfe der internationalen Sozialdemokratie.

Pressestimmen zum Lausanner Hungerpakt

Das Organ der deutschen Zentrumpartei, der Bruderpartei der Christlichsozialen, die „Germania“, nimmt mit vernichtender Kritik zum Lausanner Vertrag der Dollfußregierung Stellung. Es schreibt:

„Deutschösterreich blieb das traurige Geschick vorbehalten, die Fessel von Saint-Germain heute, dreizehn Jahre nach dem Weltkrieg, noch fester zu knüpfen... Es ist weder juristisch noch politisch haltbar, wenn die Regierung Dollfuß behauptet, daß die politischen Bindungen des neuen Protokolls nicht über das Protokoll von 1922 beziehungsweise nicht über den Vertrag von Saint-Germain hinausgingen. Das Triumphgeschrei der französischen Presse beweist deutlich genug, wer in diesem Kampf um das Anleihenprotokoll der wirkliche Sieger ist...“

Und die „Neue Freie Presse“ vom 25. August kommt zu folgendem Ergebnis über die „Opposition“ der Sozialdemokratie:

„Das Ereignis dieser Session war viel weniger die Kleinheit der Majorität, die Dr. Dollfuß zur Verfügung stand, vielmehr die Schwäche einer übergroßen Minorität, die nicht instande war, die Regierung zu beeinflussen. Selbst bei Vorlagen mit viel geringerer Bedeutung, bei Besetzen des täglichen Lebens, wußte die Minderheit sich ganz anders zur Geltung zu bringen.“

Ein fester Griff an der Schraube, ein weithin schallendes „Zurück!“, und nie und nimmer wäre es dem Bundeskanzler geglückt, das Protokoll von Lausanne zweimal dem Hause aufzuzwingen.

Wir behaupten keineswegs, die Sozialdemokraten seien etwa unehrlich in ihrer Opposition gegen Lausanne gewesen. Allein wir behaupten:

Hätten sie die Macht verwendet, die ihnen zu Gebote stand, wäre die Tat dem Worte gefolgt, nie konnte das Kabinett mit seiner zwerghaften Mehrheit die Anleihen erkämpfen.

Die Opposition hat das Gewehr in Anschlag gebracht

und Schüsse abgefeuert. Das Projektil blieb jedoch ohne Durchschlagskraft, war vielleicht sogar blind geladen.“

Und diese Partei wagt es, jetzt, nachdem sie „blind“ geschossen hat, über die Teuerung zu jammern, die die Verdoppelung der Warenumsatzsteuer, die Kaffee- und Teezölle, die Verteuerung aller Bedarfsartikel und die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren hervorgerufen haben.

Die Parteibonzen münzen aus dem Hunger Hunderttausender ihre ausreißenden Gehälter und Däten. „Wählt uns und haltet Disziplin, wir halten es aus, und wer's nicht aushält, ist ein gewöhnlicher Interessenssozialist.“ Basta. Wählt „sozialdemokratisch“! Das ist die Mentalität der Partei- und Oewerkschaftsbürokratie.

Horthys Liga gegen die Todesstrafe

Man ist überrascht, in Ungarn gibt es so etwas wie eine Liga für Menschenrechte, bezw. Liga gegen die Todesstrafe. Und diese Liga, von der man jetzt zum erstenmal hört, hat sich in einem Telegramm an den Reichsjustizminister gegen die Vollstreckung des Todesurteiles an den fünf Beutheuer Nazimördern ausgesprochen. Es hat den Anschein, als ob sich diese Liga just zu dem Zweck gegründet hat, um ihre Solidarität mit Arbeitermördern kundzutun. Was bei der in Ungarn herrschenden Moral nur allzu verständlich ist...

„Ist der Staatsapparat nur für die Unternehmer da?“

Mit dieser scheinheiligen Frage betitelt die „AZ“ am 27. August einen ihrer Artikel, der die brutalen Polizeiatacken gegen die ausgesperrten Seidenfärbearbeiter behandelt. Als ob jemals in der Republik die Polizei zu etwas anderem dagewesen wäre! Als ob nicht seit ihrem Bestande der Schutz von Streikbrechern zu den obersten Obliegenheiten der Polizei gehört hätte. Mit Riesenaufwand an Geld und Mannschaft wird täglich gegen die ausgesperrten Seidenfärbearbeiter vorgegangen und die dabei verübten Gesetzwidrigkeiten, Brutalitäten und Niederträchtigkeiten finden ihr Gegenstück nur in der Loyalität, mit der die Polizei krawallisierende Hakenkreuzer behandelt. Nun aber zurück zur „AZ“. Es dürfte den Schreibern der „AZ“ bekannt sein, daß nach Marx und der geschichtlichen Erfahrung die öffentliche Macht in der Klassengesellschaft zum Schutze des Privateigentums und seiner Privilegien da ist. Also zum Schutze von Streikbrechern im Dienste der Unternehmer.

Es gibt keine demokratische Staatsmacht im Klassenkampf. Entweder für die Unternehmer oder gegen sie. Und der Artikelschreiber wird all wie der ewige Abasser werden und keine Polizei finden — auch nicht, wenn sie von SP-Polizeiministern geleitet wird —, die sich gegen die Unternehmer und deren Streikbrecher und für die Arbeiter entscheiden wird. Welchen Zweck hat dann diese heuchlerische Frage? Sie soll die Tatsachen verschleiern, sie soll so tun, als ob wir es bei den Seidenfärbem mit einem Ausnahmefall zu tun hätten. Schließlich soll damit verhindert werden, daß die Arbeiterschaft sich mit den ausgesperrten Seidenfärbem solidarisiert und mit entsprechenden Mitteln ihre Auffassungen an den Nazi- und Hahnenschwanzstreikbrechern zum Ausdruck bringen. Aber so etwas könnte die gemächliche Ruhe und die Verdauung der Oewerkschaftsbürokratie stören. Daher läßt man den Dingen ihren Lauf... Das ist das beste Rezept, um den Proleten das Streiken und Aufbegehren gegen Lohnraub abzugewöhnen. Die Bonzen haben ihre Ruhe, die Streikbrecher ihre Arbeit und die Ausgesperrten, die sollen warten, bis es besser wird...

Proleten, wie lange noch dieses frevelhafte Spiel?

130.000 englische Textilarbeiter streiken

Wegen Lohnunterschieden sind Ende August über 130.000 Textilarbeiter in den Ausstand getreten. Von diesem Streik sind eine halbe Million Arbeiter der Textilindustrie betroffen. Der Generalkstreik der Weber wird die übrigen Zweige der Textilindustrie, die Spinnereien und Färbereien nötigen, ihre Betriebe einzuschränken, bezw. stillzulegen. Wir haben es hier wieder mit einer jener großen sozialen Erschütterungen des englischen Imperiums zu tun, wie sie in der Nachkriegszeit immer wiederkehren und ihren revolutionären Stachel zurücklassen.

Eine Katastrophe des Reformismus

Bankrott der RGO.
Laut dem Jahrbuch der Freien Gewerkschaften für das Jahr 1931 haben die Freien Gewerkschaften 72.517 Mitglieder verloren, d. s. 11 Prozent des gesamten Mitgliederstandes. Seit 1927 ist ein ständiger Abstieg zu verzeichnen. Das geht aus folgender Tabelle hervor:

Mitglieder			
am Ende des Jahres	Männer	Frauen	Zusammen
1926	588.473	167.919	756.392
1927	597.771	174.991	772.762
1928	598.699	167.469	766.168
1929	575.963	161.314	737.277
1930	513.087	142.117	655.204
1931	454.205	128.482	582.687

Die Oewerkschaftsbürokratie redet sich auf die Krise aus. Dies ist aber nur zum Teil und bedingt richtig. Wie erklärt sich aber die Bürokratie die Tatsache, daß der Verlust an Mitgliedern bei den Eisenbahnern (15.000 oder 18,7 Prozent) am größten ist? Dieser Verlust läßt sich mit der Krise auf keinen Fall erklären. Dagegen dürfte der Verlust von nahezu einem Viertel der Mitglieder beim Textilarbeiterverband nicht allein durch die Krise verschuldet sein, sondern durch die erbärmliche Kapitulationspolitik des Reformismus, die auch bei den Eisenbahnern den Ausschlag für die Flucht aus der Oewerkschaft geben dürfte. Völlig verschwunden ist der Bergarbeiterverband, nicht wegen seiner Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband, sondern wegen seiner völligen Bedeutungslosigkeit, die ja die Ursache der Verschmelzung war.

Aber nicht nur von einer Katastrophe des Reformismus sprechen diese Zahlen, sie bekunden den offenkundigen Ban-

kroft der ROO-Politik, die ja letzten Endes auf die Massenflucht aus den Gewerkschaften aufgebaut war. Wo ist die ROO? Wohin sind die 190.000 Arbeiter, die die freien Gewerkschaften verlassen haben, gewandert? Zur ROO kam nicht ein Bruchteil von einem Prozent. Sprechen diese Zahlen nicht Bände? Kein General hätte sich bei solchen Verlusten einen Tag länger halten können. Die ROO-Strategen murxen großmütig weiter. Sprechen wir es offen aus: die ROO-Politik hat nicht auf die fortschrittlichen, gewerkschaftlich geschulten, sondern die rückständigen, und indifferenten Arbeiterschichten gebaut. Und sie hat auf Sand gebaut. Eine

revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, die sich nicht innerhalb der freien Gewerkschaften entwickelt und vor allem an den geschulten, klassenbewußten Gewerkschaftler appelliert, muß versanden. Sie wird in ihrer Arbeit nicht revolutionierend, sondern zersetzend wirken, wie es das oberösterreichische Beispiel im besonderen bewiesen hat. Schluß mit dem Reformismus in den freien Gewerkschaften — Schluß mit dem ROO-Kurs; das sind die Lehren dieser Zahlen. Schaffung einer ersten revolutionären Gewerkschaftsbewegung innerhalb der freien Gewerkschaften, das ist der einzig richtige Weg zum Ziel.

Aus der Internationale

Oesterreich Gestrandete Oppositionelle

Nach einer längeren Periode des Schwankens und der Passivität haben sich Thoma und Mayer von unserer Gruppe getrennt. Ihren Schritt in die politische Versenkung bedauert die Linke, aber wir wußten seit langem, daß sie dem aufopfernden oppositionellen Kampf nicht gewachsen sind und mit ihren verbrauchten Kräften nicht bis ans Ende mitkämpfen werden. Unserem scharfen Kampf um die Prinzipien der Linken, den wir mit der Ko-Gruppe auszufechten hatten, waren sie nicht mehr gewachsen und dieser bot ihnen die längst gesuchte Gelegenheit, sich vom Kampf zurückzuziehen.

Was die Ko-Gruppe betrifft, mit der wir den Bruch vollziehen mußten, ist festzustellen, daß diese Genossen sich in die Linke verirrt haben und sich im Prozesse des Kampfes als nicht genügend politisch sattelfest erwiesen. Diese Genossen wollten uns unter dem Motto der „Einheit“ in ein Abenteuer hineinziehen, das wir auf Grund unserer Erfahrungen auf keinen Fall mitmachen konnten; auch nicht mit den von ihnen und anderen getragenen Hintergedanken. Aber auch sonst erwiesen sich diese Genossen in politischen Fragen sehr großen Schwankungen ausgesetzt. Der Weg, den die Ko-Gruppe jetzt einschlägt, führt nicht zur Einheit der Linken Opposition. Im Gegenteil. Diese Genossen werden zum Objekt durchgefallener, Ehrgeizlinge werden. Entweder kommt für diejenigen Genossen, die sich von diesem obstruktion Einheitsfetischismus leiten lassen, die Ermüchterung und sie werden zur Linken zurückfinden, oder aber, sie enden im Sumpf personeller Claqueurs.

Die Linke marschiert, in ihren Grundkaders unerschütterlich, ihren pädigen Weg weiter. Während wir das Morsche abstoßen, gewinnen wir in Graz junge, revolutionäre Arbeiterelemente, die sich gerade durch die Klarheit unserer Sprache und Grundsätze angezogen fühlen. Demnächst wird in Graz eine Konferenz der Linken stattfinden. Auch die sympathisierenden Genossen in Wien werden erkennen müssen, daß es keinen anderen Weg gibt, als den der Linken.

Belgien

Der belgische Massenstreik und die Opposition

Der Kampf der 150.000 Bergarbeiter im Kohlengebiet geht weiter. Die Arbeiter lehnen es nach wie vor ab, den am 19. Juni dekretierten Lohnabbau von ungefähr 8 bis 10 Prozent anzuerkennen. Trotz der reformistischen Zersetzungsversuche ist die Front der Streikenden unerschüttert und es gelangt auch der Bourgeoisie nicht, durch Entsendung flämischer Truppen in das wallonische Bergarbeitergebiet die Streikenden einzuschüchtern und die Truppen gegen die Arbeiter zu hetzen.

Der belgische Korrespondent der „Fakkel“ (Organ der SAP-Holland) berichtet aus dem Streikgebiet folgende bemerkenswerte Einzelheiten über das Verhalten der Truppen:

„Brüssel. Sonntag, den 10. Juli, fuhr ein Militärzug durch den Bahnhof des Bezirks Leopold nach Borinage. Die Soldaten riefen, zum Fenster hinausgebeugt, ihren Genossen Eisenbahnern zu: Es lebe der Streik!“

„Charleroi. 400 Soldaten des 4. Linienregiments haben en bloc auf den Appell, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten, sich geweigert, die Kaserne zu verlassen.“

„Melsheim. Sonnabend, den 9. Juli, um 1 Uhr morgens wurde in der Kaserne des 7. Regiments Reveille geblasen. Trotz der frühen Morgenstunde war ein großer Teil der Bevölkerung an seinen Fenstern. An mehreren Stellen wurde gerufen: „Schießt nicht auf eure wallonischen Kameraden, die den Kampf für ihre Existenz führen.“ Spontan antworteten die Soldaten: „Wir werden niemals auf sie schießen!“ Das wurde energisch und ohne zu zögern erklärt und entwarfnete die Offiziere aller Grade. Die Solidarität der Soldaten war so groß, daß keine Strafe verhängt wurde.“

In diesem Verhalten der Truppen spiegelt sich der tiefe Eindruck wider, den der kraftvolle Massenstreik der Kohlenarbeiter auf breite Teile der Bevölkerung gemacht hat. Dieser Massenstreik ist gegen den Willen der reformistischen Bürokratie ausgebrochen und an den entscheidenden Stellen auch ihrem Einfluß entglitten. Für die Opposition ist dieser Kampf um so bemerkenswerter, weil er zeigt, wie in einem Lande mit einer großen SP und großen reformistischen Organisationen spontane Massenstreiks sich weiterentwickeln können, wenn revolutionäre Kaders bereitstehen, die sich im Kampf das Vertrauen der Arbeiter erringen können. Im Herzen des belgischen Streikgebiets, insbesondere in Charleroi ist die kleine Gruppe der Linken zu einem solchen Kader geworden. Selbst nichtoppositionelle Zeitungen, wie die französische syndikalistische Zeitschrift „La Révolution prolétarienne“ schreibt über die Arbeit der belgischen Genossen:

„Abgesehen von ... muß man auch auf die gute und bedeutsame Arbeit der oppositionellen Kommunisten in Gilly und überhaupt in der Gegend von Charleroi hinweisen, wo sie sich ... eines großen Einflusses erfreuen.“ („R. p.“ Nr. 132, S. 212.)

Die führenden linken Genossen, Lesol, Hémin, Huch u. a. wurden verhaftet und sie werden mit einer Reihe Parteigenossen eines „kommunistischen Komplottes“ angeklagt.

Tschechoslowakei Prinziplose Umgruppierungen

Was sich jetzt in der tschechischen Opposition abspielt, ist ein klassisches Beispiel dafür, wie revolutionäre Kaders nicht geschaffen werden können. Von der tschechischen linken Opposition, ihrer Arbeit und ihrer Presse hört man leider im allgemeinen wenig. Das letzte, was die etwas gewaltsam herbeigeführte Vereinigung der zwei kleinen Gruppen (Lenorovic und Friedmann). Diese Vereinigung scheint nicht zu einem Aufschwung der oppositionellen Bewegung geführt zu haben; nicht nach ernsthafter Diskussion, sondern mit den Methoden des Drucks und Küssmanövers herbeigeführt, hat sie eine wirkliche Entfaltung der vereinigten Kräfte nicht ermöglicht.

Jetzt soll die Linke dadurch gestärkt werden, daß sich ihr der politische Bankrott Neurath anschließt. Bereits 1929 haben wir Trotzki brieflich darauf aufmerksam gemacht, daß der unvermeidlich kommende Bankrott der tschechischen Rechten (Unna-Hais-Neurath) den ehemaligen Sinowjew-Mann veranlassen werde, das „trotzkistische Pferd“ zu besteigen. Wir haben damals, April 1929, darauf hingewiesen, daß die Aufnahme solcher Elemente die Linke Opposition nur kompromittieren kann.

Nun kommt Neurath tatsächlich zu Trotzki — nachdem seine Freunde bereits in der Sozialdemokratie gelandet sind (Ecer, Kovanda), oder vor ihren Toren stehen, oder vor den Reformisten kapitulierten (Hais). Der Rest, der von der rechten Opposition geblieben ist, die Gruppe in Asch, steht bei Brandler und Neurath ist so gut wie allein. Damit ist eine der beschämtesten politischen Karrieren beendet: Neurath war 1921/25 eines der schlimmsten Werkzeuge des Sinowjew-Systems. Er „bolschewisierte“ 1924 die österr. komm. Partei zu Tod, d. h. er korrumpierte sie und bekämpfte am 5. Parteitag (März 1924) die revolutionär-marxistische Linke, die die Lehren von 1923 zog und zeigte, daß die Stabilisierung einsetze. Für ihn war der Oktober 1923 nur eine Episode. 1926/27, nach der Bildung des Trotzki-Sinowjew-Blocks wurde er oppositionell und machte mit dem Prager Konfusionsrat A. Pollack eine tschechische Sinowjewgruppe Hand in Hand mit Maslow. Als Sinowjew und Maslow kapitulierten — kapitulierte Neurath. Dann begann 1928 die rechte Oppositions-Konjunktur nach dem Sturze Bucharins. Prompt wird Neurath mit Jilek, Muno, Hais, Führer der Rechtsopposition. Seit 1930—31 versucht er den Trotzkiismus mit dem Brandlerismus zu verheiraten, 1931—32 steht er auf der Seite der Walcher-Frölich und jetzt, wo alle Spekulationen Pleite sind, jetzt wird Neurath ein Linker. Sein ideologisches Gepäck braucht er dabei nicht auszuwechseln; erstens besitzt er keines, und zweitens wird von ihm, eben so wenig wie es Trotzki von Treint in Frankreich verlangte, eine programmatische Erklärung gefordert. Neurath wird die Trotzki-Gruppe nicht bereichern — er wird nur ihre inneren Widersprüche durch seine Anwesenheit vergrößern.

Ungarn

Nochmals: Um die ideologischen Grundlagen des Kommunismus

Man schreibt uns: Die Darstellung der Ideen der ungarischen Linken in der Nr. 16 des „M“ ist nicht richtig. Sie gibt Aufschluß über eine Entwicklungsetappe der ungarischen Opposition, die zum Teil überwunden ist. Man darf nicht vergessen, daß die Isolierung der ungarischen Gruppe infolge der Illegalität der Bewegung die rasche ideologische Entwicklung der Opposition verzögert. Die ungarischen Linken, die mitten in der revolutionären Arbeit stehen, diskutieren gerade jetzt über die wichtigsten Fragen und sie werden das Ergebnis dieser Diskussion auch in der Internationalen Opposition zur Diskussion stellen.

Aus der Partei

Eine verdiente Abfuhr und einige prinzipielle Hinweise

Seit zwei Monaten gibt die burgenländische Landesorganisation der KPÖ unter Führung des Neufelder Gemeinderates Frantschitz ein Blatt heraus und bombardiert das ZK mit Aufdeckung von Skandalgeschichten, wie man sie überall, nur nicht in der KP zu finden hoffen könnte. Im übrigen aber befehlen sich diese Genossen eines Ultrastalinismus und beschuldigen das ZK des Trotzkiismus, „welches mit trotzkistischen Methoden der Verleumdungen ... gegen ehrliche Arbeiter ... kämpft“. Das ist alles, was diese Genossen aus der Schule Stalins vom „Trotzkismus“ wissen. Aber auch das ZK ist nicht mützig. Es beschuldigt die burgenländischen Rebellen der Verbindung mit der „trotzkistischen“ Mahnrufgruppe, da ihr Blatt in derselben Druckerei wie der „Mahnruf“ gedruckt wird. So attackieren sich beide mit dem Teufel an der Wand.

In diesen traurig-köstlichen Streit griff auch Don Quidote, der Ritter der traurigen Gestalt, Josef Frey, ein. Frey brach er eine Lanze und frohlockte über den politischen Weitblick der burgenländischen Genossen, die, entrüstet über die „verleumderische“ Beschuldigung des ZK, jede Verbindung mit der Mahnrufgruppe bestritten; was wir, nicht gerade zu ihrem Vorteil, bestätigen müssen. Aber Frey räumte jedem, der es hören wollte, in die Ohren, daß er, der Entdecker des Austro-Leninismus, eine Eroberung gemacht habe. Und in seiner Einfältigkeit leistete er den burgenländischen Rebellen einen Bärendienst. Er brachte sie in den noch ärgeren Verdacht: nämlich daß sie mit ihm in gleicher Verbindung seien. Und das Ärgste, was man diesen Ultrastalinisten antun kann, ist, daß man sie mit Trotzkiismus in Verbindung bringt, und sei es auch ein freijütisch gefärbter.

In Nr. 9 ihres Organs antworten sie unter der Rubrik „Briefkasten der Redaktion“:

„Wien, XI. Wir stehen als Opposition der Frey-Gruppe vollständig ferne. Es ist die gewohnte Taktik der bewußten Verleumdung. Auch Kamele pflegen zu spucken. Und unserem Ritter geht es, wie seinem Ahnen, als er mit der Lanze gegen Windmühlensflügel kämpfte.“

Wir können dazu abschließend nur bemerken, daß Frey in allem, so lange es ihn nicht heißt, einen Bundesgenossen erblickt, und mit den Methoden der Täuschung und Verleumdung operiert.

Daß die burgenländischen Rebellen unsere Politik ablehnen, verstehen wir bei ihrer ultrastalinistischen Einstellung ebenso, wie sie es begreifen werden, daß wir ihre stalinistische Politik bekämpfen. Eines können wir diesen Genossen aber versichern: Ebenso wie die Juden auf den Erlöser warten, werden sie darauf warten können, daß die „Benedikt, Kopelng, Kersche und alle, die an der Zerstörungsarbeit mitschuldig sind, von der Leitung der Partei entbunden ... werden“. Im übrigen sei gesagt, daß es die Methode der Monarchen gewesen ist, Stalthalter zu entheben, nicht aber die Methode einer revolutionären Partei. Diese muß sich ihrer untauglichen Führung selbst entledigen. Aber die Frage der tauglichen oder untauglichen Führung ist nicht eine moralische Frage, sondern eine politische Frage ersten Ranges. Es ist naïv zu glauben, die Politik des ZK sei richtig, aber seine innerparteilichen Methoden seien verbrecherisch. Nicht eine Frage von ehrlichen oder unehrlichen Genossen ist das Problem der Führung, sondern eine Frage der Politik und Taktik und der ideologisch-theoretischen Grundpositionen. Diese Genossen werden vielleicht einmal zur Erkenntnis kommen, daß das Problem der „ehrliehen“ Führung nicht nur in Oesterreich, sondern an der Spitze der Komintern auf der Tagesordnung steht. Die Erfahrung wird sie belehren.

Was uns Arbeiter schreiben.

Ein Heimwehr-Unternehmer als Lehrlingschinder.

Der Kaufmann Lanzinger (Graz), Bergmann, 16, Heimwehrmann (sein Sohn Beamter in Donawitz, auch Hahnenschwänzer), beutet seine Lehrlinge auf das unverschämteste und brutalste aus. Nicht nur, daß er den Lehrlingen keinen Lohn gibt, zwingt er sie tagtäglich zu Überstunden bis 11 und 12 Uhr Mitternacht. Bei geringster Auflehnung oder Verweigerung der Überstunden bekommen sie als Bezahlung ihre Tracht Prügel und Ohrfeigen.

Die Lehrlinge sind vollkommen der Willkür dieses Hahnenschwanz-Kaufmannes ausgesetzt. Es wäre gut, wenn die Arbeiterschaft dieses Lehrlingschinder beibringen würde, daß man nicht mit Lehrlingen tun kann, was man will.

Der Gehilfenausschuß der Kaufmännischen Angestellten sowie die Lehrlingsschutzstelle werden aufgefordert, ihre Aufmerksamkeit auf diesen Lehrlingschinder zu lenken, und ihm das Handwerk zu legen. Lanzinger hat sich durch diese brutale Ausbeutung bereits mehrere Häuser erwuchert.

Zur Zeit der größten Arbeitslosigkeit.

In der Stein-Industrie F. Grein, Oraz, Annenstraße 63, herrschen heute noch Zustände, wie man sie, zur Zeit der Hochkonjunktur, vereinzelt gewohnt war. Es wird dort in einer Abteilung, und zwar in der Maschinschleiferei, täglich von 10 Uhr abends bis 2 Uhr nachmittags gearbeitet, ohne Ablöse der dort beschäftigten Arbeiter; das sind täglich 14 Stunden. Das ist ein trauriger Zustand, wenn man weiß, daß es Maschinschleifer in Graz gibt, die direkt betteln gehen müssen, da sie nirgends eine Arbeit bekommen können. Sehr bezeichnend ist die Moral des dort beschäftigten Arbeiters Leopold Lapesch, Schutzbundgenosse, wohnhaft Eggenberg, Badenfeldgasse, der sich geäußert hat: „Lieber Tag und Nacht zu arbeiten, als einem Arbeitslosen die Möglichkeit zu geben, Arbeit zu bekommen.“ Zu bemerken wäre noch, daß in der Schleiferei nur im Akkord gearbeitet wird. Ueber die Lohnverhältnisse und das Akkordgedinge wollen wir in der nächsten Ausgabe den proletarischen Lesern noch Haarsträubendes bekanntgeben.

Wissen ist Macht — Macht ist Wissen

Jeden Mittwoch um halb 8 Uhr abends findet in Graz im Gasthaus Volksgarten, Siegmundstadl 1, ein Diskussionsabend statt.

Tagesordnung:

Die 28. Novelle und die Teuerung.

Genossen! Ladet alle revolutionären Arbeiter und Funktionäre zu diesem wichtigen Thema ein. Alle Leser des „Mahnruf“ sind eingeladen.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger: Josef Gattler, Holzarbeiter, Wien, XXI., Struckergasse 4. (Im Auftrage der Komm. Linksopposition.) — Druck: „Adria“, Wien, II., Taborstraße 52b.